

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: 20 Pf. pro Woche. Abonnement: 1,20 M. pro Monat. Einzelhefte: 2 Pf. pro Hefchen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 1,00 M. pro Monat. Der Preis für den Einzelhefte beträgt 2 Pf. pro Hefchen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 1,00 M. pro Monat. Der Preis für den Einzelhefte beträgt 2 Pf. pro Hefchen.

Abonnementpreis: 1,20 M. pro Monat. Einzelhefte: 2 Pf. pro Hefchen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 1,00 M. pro Monat. Der Preis für den Einzelhefte beträgt 2 Pf. pro Hefchen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 283. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 6. Dezember 1927

## Eiserner Kampf.

Schon wieder droht die Gefahr eines gewaltigen Kampfes im deutschen Wirtschaftsleben, eines Kampfes der aber weit größere Kreise umfaßt, viel weitere Wellen schlagen würde als der glücklicherweise ziemlich rasch beendete Streik im Braunkohlenbergbau. Diesmal ist es die deutsche Großeisenindustrie, in der es gewaltig gärt; die Arbeitgeberseite hat die Forderungen ihrer Arbeiter nach vollständiger Durchführung des Achtstundentages und nach Lohnveränderungen mit einem Schreiben beantwortet, das eine Stilllegung der Werke der eisenschaffenden Industrie für den 1. Januar und damit die Entlassung von rund 250 000 Arbeitern vorseht.

Der Kampf um die Dauer der Arbeitszeit in der Eisenindustrie ist durchaus nicht neueren Datums, sondern währt eigentlich schon seit dem Dezember 1923, als die wirtschaftliche Not der Währungsstabilisierung zu einer Arbeitszeitverlängerung zwecks Produktionssteigerung und Kostenverminderung zwang. Davon ist aber inzwischen schon wieder vieles abgebaut worden. Die Arbeitgeber verweisen dabei auf die Zustände im Ausland, besonders in Frankreich, Belgien und England, wo beträchtlich längere Arbeitszeiten zugelassen sind. Nun besteht bekanntlich eine Rohstoffgemeinschaft internationalen Charakters, die sich freilich nur auf Europa beschränkt und auch hier nicht einmal alle eisenzeugenden Länder umfaßt. Deutschland mußte also in seiner Eisenindustrie hinsichtlich ihrer Produktionskosten, bei denen natürlich Lohn und Arbeitszeit eine große Rolle spielen, sehr darauf achten, nicht schlechter dazustehen als die anderen Mitglieder der Rohstoffgemeinschaft und die Arbeiter. Das ist aber schon angeblich durch die am 1. Januar fällige vollständige Durchführung des Achtstundentages und darum will die Arbeitgeberseite diesen Zeitpunkt weiter hinausgeschoben wissen, weil die dadurch notwendig werdende Umstellung von Zweischicht- zum Dreischichtbetrieb noch länger nicht durchgeführt werden konnte, vielmehr hierfür noch längere Zeit nötig sei. Ebenso wehrt man sich dagegen, daß obenstehend noch beträchtliche Lohnveränderungen erfolgen sollen. Von Arbeitgeberseite wird übrigens eine Überlegung ins Feld geführt, die man für die Volkswirtschaft als erheblich bezeichnend muß: die Verkürzung der Arbeitszeit verlangt, da es sich fast überall um Betriebe handelt, die fortwährend arbeiten, wo also eine Betriebsunterbrechung aus technischen Gründen nicht stattdes, nun natürlich die Einstellung neuer Arbeiter und diese — sind nicht zu haben oder doch nur in so geringer Zahl, daß diese längst nicht ausreicht. Die eisenverarbeitende Industrie ist nämlich erstensweise so gut beschäftigt, daß dort gelernter Arbeiter, die erwerbslos wären, so gut wie gar nicht vorhanden sind. Die weitere Frage, wie für die Arbeiter, die neu eingestellt werden sollen, überhaupt Wohnungen in aller Eile bereitgestellt werden können, ist auch ein Einwand, den man ja — leider — nicht so ohne weiteres von der Hand weisen kann.

Immerhin ist die Gefahr einer derart großen Vertiefung, wie sie angedroht ist, doch nicht ganz so dringend, wie die ersten Forderungen läßt sich denken es anzudeuten scheinen. Jedenfalls ist man in Wilsdruff, wo man für solche Dinge einen recht guten „Nieser“ hat, zunächst noch der Ansicht, daß schließlich doch noch durch beiderseitiges Nachgeben eine Einigung erzielt werden wird. An und für sich dauern nämlich die Verhandlungen der Arbeitgeber und -nehmer schon einige Zeit und es war Aussicht auf eine solche Einigung vorhanden. Selbstverständlich wird auch das Arbeitsministerium eingeweiht; denn abgesehen davon, daß alles darangesetzt werden muß, die Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden von Arbeitern zu verhindern, eine schwere Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens zu vermeiden, weiß man nicht, welche noch viel größere wirtschaftliche Folgen die Stilllegung der Eisenbetriebe namentlich auf die eisenverarbeitende, also vor allem die Maschinen- und Elektroindustrie, haben kann. Wir wissen ja, welche schwere Wunden solche Nieserläufe beiden Seiten zu schlagen pflegen, und so wird man es sich doch wohl noch genau überlegen, ehe man zu den letzten Mitteln greift.

Zu der drohenden Stilllegung in der Großeisenindustrie wird bekannt, daß auch zahlreiche weiterverarbeitende Industriebetriebe des rheinisch-westfälischen Industriebezirks aus freien Stücken ebenfalls Stilllegungsangelegenheiten bei den zuständigen Regierungspräsidenten zum 1. Januar 1928 erstattet haben. Der Grund liegt auch hier in den großen Forderungen der Gewerkschaften. Eine Verwirklichung dieser Forderungen, so wird von diesen Betrieben behauptet, würde, den Betrieben ein wirtschaftliches Weiterarbeiten nicht mehr gestatten. Große Forderungen haben bereits die ausländischen Erzlieferanten auf Grund der bestehenden Vertragsbestimmungen erfährt, die Erzwerkstätten im laufenden Monat Dezember, soweit noch sehr möglich, möglichst einzufrieren und ab 1. Januar 1928 ganz einzustellen.

**Die Gewerkschaften zur Stilllegungsaktion.**  
Der christliche Metallarbeiterverband hat wegen der anbrechenden Betriebsstilllegungen durch die Großeisenindustrie fol-

## Zusammentritt des Völkerbundes

### Hohe Politik in Genf.

Die litauische Frage.  
Montag früh kurz nach 11 Uhr trat der Völkerbund unter dem Vorsitz des chinesischen Vorkämpfers in Paris, Tscheng Koh, zunächst in einer nichtöffentlichen Sitzung zu seiner 48. Tagung zusammen. Nach der Regelung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten bildete die polnisch-litauische Streitfrage, über die litauische Ministerpräsident Waldemaras am Sonntag noch eine zweifelhafte Unterredung mit Litwinow hatte, den Gegenstand der weiteren Aussprache. Aus nichtöffentlicher Sitzung verläutet, daß auf Chamberlains Antrag beschloffen wurde, die Verhandlung des ungarisch-rumänischen Disputationsfalls zu vertagen. Der ungarische Vertreter, Graf Apponyi, habe seine Zustimmung zur Vertagung erklärt. Im weiteren Verlauf der nichtöffentlichen Sitzung wurde der bisherige Direktor der Mitarbeiterabteilung des Völkerbundes, der Norweger Solbå, zum neuen Direktor der Abteilungsabteilung des Völkerbundes ernannt.

Der geschlossenen Sitzung folgte eine kurze öffentliche, die aber ohne wesentliche Beschlüsse beendet wurde. Dienstag findet eine zweite öffentliche Sitzung statt. Der Nachmittags wurde von den Staatsmitgliebrern zu Verhandlungen benutzt. Reichsaussenminister Dr. Stresemann sah den polnischen Außenminister Jaleski und den litauischen Ministerpräsidenten Waldemaras bei sich und unterhielt sich mit ihnen über die geplante Regelung des polnisch-litauischen Streites.

### Russisch-britische Annäherung.

Litwinow bei Chamberlain.  
Den Hauptgegenstand des Interesses bildete am Montag die Nachricht von der für den Nachmittag vorgesehenen Unterredung des Sowjetvertreeters Litwinow mit dem englischen Außenminister Chamberlain. Die englische Delegation gab darüber folgende Mitteilung aus: „Auf Ersuchen des Herrn Litwinow wird Herr Außenminister Chamberlain den russischen Delegationsführer heute nachmittag empfangen.“ Die Überraschung über diese Ankündigung war groß, zumal man so etwas bis heute geradezu für unmöglich gehalten hatte. Außer Litwinow sind sämtliche Russen von Genf abgereist.

Wie man in Genf vermutet, möchte Chamberlain gegenüber der erstarkenden Arbeiterpartei in England den Fehler des Abbruchs mit Rußland wieder gutmachen. Rußland aber habe wirtschaftliche und allgemeine Gründe dafür, mit England wieder auf annäherbaren Boden zu treten.

### Litwinow und Chamberlain.

Aber die Zusammenkunft zwischen dem russischen Volkskommissar Litwinow und dem englischen Staatssekretär des Äußeren, Chamberlain, wurde von englischer Seite folgendes Kommuniqué ausgegeben:

„Nachdem Herr Litwinow Sir Austen Chamberlain um eine Besprechung gebeten hatte, fand im Hotel Beau Rivage eine Zusammenkunft zwischen beiden Ministern statt. Die Unterredung gab Gelegenheit zu einem freimütigen Meinungsaustausch über die Beziehungen zwischen den Regierungen von Sowjetrußland

und Großbritannien. Insbesondere zeigte es sich nicht als möglich, während des Verlaufs dieser Besprechung zu irgendeiner Grundlage für eine Vereinbarung zu gelangen.“

Litwinow erklärte auf eine Frage der Journalisten kurz, daß er „nichts Interessantes“ sagen könne.

### Der Sonntag der Besprechungen.

Nachdem im Laufe des Sonntags fast alle bedeutenden Persönlichkeiten in Genf angelangt waren, begannen sofort die große hochpolitische Aussprache durch gegenseitige Besuche.

Der deutsche Reichsaussenminister Dr. Stresemann erlief am 5. Uhr bei Briand. Man besprach die Vorkommnisse seit dem letzten Vorkommnisse der beiden Minister im September. Auch die Tagung der Vorbereitenden Abklärungskommission sowie der polnisch-litauische Streitfall wurden besprochen, doch ging man nicht auf die Einzelheiten ein.

Nachdem Dr. Stresemann in das Hotel Metropole zurückgekehrt war, erschien der russische Volkskommissar Litwinow bei ihm und verweilte etwa eine Stunde. In der Aussprache wurde hauptsächlich der polnisch-litauische Streitfall und die Teilnahme der Sowjetregierung an den Abrüstungsarbeiten behandelt.

Weitere Unterredungen fanden statt zwischen Litwinow und Briand, dem Polen Jaleski und dem Italiener Scialoja, zwischen Waldemaras und Litwinow, zwischen Jaleski und Briand.

Wie bekannt wird, ist zwischen Briand und Litwinow in der Unterredung der Gedanke von Siderarbeitsverträgen zwischen der Sowjetregierung und den einzelnen westlichen Nachbarstaaten eingehend erörtert worden. Es sollen in der Unterredung besonders die Siderarbeitsverträge erörtert worden sein, die dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Rußland und Rumänien gegenüberstehen.

### Polen-Litauen.

Nach den Besprechungen über die Regelung der polnisch-litauischen Frage verhält sich der Eindruck, daß deren Regelung, d. h. hauptsächlich die Aufhebung des für den ganzen europäischen Osten seit Jahren äußerst bedrohlichen Kriegszustandes zwischen Litauen und Polen und die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen, nur noch des formellen Abschlusses bedarf.

Wenn auch mit einem Vorbehalt Litauens in bezug auf seine Ansprüche auf das Wilnagebiet gerechnet werden muß, so wird in Genf politischen Kreisen doch die Auffassung vertreten, daß der Aufnahme der normalen Beziehungen zwischen Polen und Litauen entscheidende Bedeutung für die Veruhigung der Ostlage zukommt, und man gibt sich der Hoffnung hin, daß die volle Wiederherstellung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Litauen daraus resultieren wird. Die juristische Formulierung der geplanten Lösung wird die Aufgabe eines Ministerkomitees sein, in dem England, Frankreich, Italien und Japan durch ihre juristischen Berater vertreten sein werden. Deutschland, dessen Haltung in dieser Streitfrage und dessen Interesse an der Wahrung der Souveränität Litauens bekannt sind, ist bereit, in diesem Ausschuß mitzuwirken.

### Um die Befoldungsvorlage.

Erledigung noch vor Weihnachten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat nach mehrwöchiger Pause wieder zusammen, um die zweite Lesung der Befoldungsvorlage vorzunehmen. Man trat zunächst in die Beratung der Frage der Ministerialzulagen ein. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach eine Erhöhung der Ministerialzulagen über den Stand vom 1. April 1927 hinaus weder beim Inkrafttreten des Befoldungsgesetzes noch durch den nächsten Haushaltsplan erfolgen darf.

Im übrigen verläutet, daß die Koalitionsparteien im Reich beschlossen haben, die Befoldungsvorlage noch vor Weihnachten zu erledigen, so daß die Befoldungsreform noch vor den Feiertagen geregelt werden dürfte. Der Plan, die Erhöhungen vorläufig nur zu 75 Prozent anzuzahlen, soll wieder fallen gelassen sein.

### Kommunalwahlen in Mecklenburg.

Starke Wahlbeteiligung.

Die schon vor einiger Zeit begonnenen Gemeindevahlen in einzelnen Städten wurden Sonntag fortgesetzt. Das Resultat war nicht einheitlich. Die Landeshauptstadt Schwerin hat gegenüber der Vorwahl ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen aufzuweisen. Während hier vorher 26 Sitze der Rechten 24 Mandate der Linken